

## **A N T R A G**

der SPD-Landtagsfraktion

betr.: Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Kurier-, Express- und Paketbranche (KEP-Branche)

Der Landtag wolle beschließen:

Die Zahl der Sendungen, die in Deutschland von Kurier-, Express und Paketdiensten (kurz KEP) zugestellt werden, hat in den letzten Jahren stetig zugenommen. Im Jahr 2018 lag die Anzahl der zugestellten Pakete in ganz Deutschland bereits bei 3,5 Milliarden. 3 Jahre später, also im Jahr 2021 wurden insgesamt 4,5 Milliarden Paketsendungen transportiert und ausgeliefert. Auch in den nächsten Jahren ist mit einer weiteren Zunahme zu rechnen.

Mehr Pakete bedeuten auf der einen Seite ein Mehr an Arbeitskräften, welche benötigt werden. Aktuell arbeiten in der gesamten KEP-Branche ca. 300.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, davon ca. 90.000 Paketzustellerinnen und -zusteller. Hinzu kommen noch ungefähr 45.000 Zustellerinnen und Zusteller, die bei der Deutschen Post AG in der sogenannten Verbundzustellung (Pakete und Briefe) eingesetzt sind.

Mehr Pakete bedeuten auf der anderen Seite in der Praxis aber auch zunehmenden zeitlichen Druck, die Sendungen zeitnah oder sogar „Just-in-Time“ zuzustellen. Daher ist es keine Seltenheit, dass die Fahrzeuge bis an die Decke mit Paketen beladen sind, teilweise über 200 Stopps am Tag haben und die Zustellerinnen und Zusteller teilweise insgesamt bis zu zwei Tonnen Gewicht pro Tag mit sämtlichen Paketen tragen. Hinzu kommen regelmäßig Überstunden, da das Ausliefern der Pakete in der vorgegebenen täglichen Arbeitszeit kaum möglich ist und insbesondere innerhalb der saisonalen Spitzenzeiten von Anfang Oktober bis Ende Januar deutlich erhöhte Paketmengen zuzustellen sind.

Der Druck durch gestiegene Sendungsmengen wird regelmäßig an die Beschäftigten der Branche weitergegeben, deren Arbeitsbedingungen sich zunehmend verschlechtern. Besonders groß ist der Druck auf der kostenintensiven letzten Meile – vom letzten Paket-/Verteilzentrum zum Kunden oder zur Kundin. Der

letzte Transportabschnitt kann bis zu 50% der Gesamtkosten der zuzustellenden Sendungen betragen. Viele Unternehmen haben in der Folge den letzten Zustellbereich ausgegliedert und beauftragen Subunternehmen und/oder sogenannte Solo-Selbständige im Rahmen von Werkverträgen mit der Zustellung. Solche kleinen Subunternehmen können die Auslieferung nur auf Kosten der Beschäftigten anbieten. Neben dem betriebenen Lohndumping werden andere arbeitsrechtliche Standards von solchen Subunternehmen größtenteils nicht eingehalten. Durch Ketten von Subunternehmer:innen werden intransparente Wirtschafts- und Arbeitsbeziehungen geschaffen, die rechtliche Handhabe für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die Behörden bei illegalen Praktiken massiv erschweren.

Da die Subunternehmen in der Regel deutlich weniger als 10 Beschäftigte haben, findet das Kündigungsschutzgesetz keine Anwendung. Der Arbeitgeber bzw. die Arbeitgeberin benötigt bei einer Kündigung demnach keinen Grund, sondern muss nur die Kündigungsfrist einhalten. Es ist auch keine Seltenheit, dass zu wenig Lohn gezahlt oder bei Krankheit keine Lohnfortzahlung geleistet wird.

Häufig handelt es sich bei den Beschäftigten um Menschen mit prekärem Aufenthaltsstatus und ohne abgeschlossene Berufsausbildung. Zur Sicherung ihres Aufenthaltes in Deutschland sind sie auf die Beschäftigung angewiesen. Sie sind daher besonders verwundbar und wehren sich häufig nicht gegen ausbeuterische Arbeitsbedingungen.

Das Ziel muss es sein, faire Arbeitsbedingungen, Arbeitszeiten und Löhne für Paketzustellerinnen und -zusteller zu sichern. Der Bundesrat hat vor einiger Zeit – auf Initiative des Saarlandes, Thüringens und Bremens – beschlossen, dass an dem bestehenden Paketboten-Schutz-Gesetz Änderungen zum Schutz der Beschäftigten vorgenommen werden sollen. Der Landtag des Saarlandes begrüßt den Beschluss, sieht aber darüber hinaus gehenden dringlichen Handlungsbedarf, da nicht alle Forderungen Eingang in den Beschluss des Bundesrates gefunden haben.

Aus diesem Grund fordert der Landtag des Saarlandes Bundesregierung und Bundesgesetzgeber auf, schnellstmöglich gesetzliche Regelungen zu erlassen, die:

- analog zum Gesetz zur Sicherung von Arbeitnehmerrechten in der Fleischwirtschaft auch für die KEP-Branche ein Verbot von Werkverträgen, Subunternehmerverträge und Subunternehmerkettenverträge umsetzen.
- eine Gewichtsbeschränkung von 20 kg für Paketsendungen im Ein-Mann-Handling sowie die Kennzeichnungspflicht von schweren Paketen vorsehen.
- Darüber hinaus muss eine effektive und wirksame Kontrolle zur Einhaltung der gesetzlichen Arbeitsbedingungen durch die Stärkung des Zolls durchgesetzt werden.

**B e g r ü n d u n g :**

Erfolgt mündlich.